

7. Ordentlicher Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei

Fünf Wochen sind nun schon seit unserem Delegiertentag vergangen und der Alltag hat uns schon längst wieder. Trotzdem; dieser Landesdelegiertentag war ein Highlight unserer gewerkschaftspolitischen Arbeit in Brandenburg. Ca. 150 Kolleginnen und Kollegen zogen Bilanz der letzten vier Jahre, waren stolz auf Erreichtes und bereiteten Niederlagen kritisch nach. Neben vier Jahren Rückschau galt es aber auch, unsere Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre zu diskutieren. 93 Anträge standen zur Diskussion, um Ziele zu fixieren bzw. zu erneuern. Aber der Reihe nach.

Geschäftsbericht

Häufig werden wir gefragt, was macht eigentlich diese GdP? Wer das genauer wissen will, dem empfehle ich dringend die Lektüre unseres Geschäftsberichtes (im Internet www.gdp.de/brandenburg) zu lesen. In diesem wurden selbstbe-



Der neue Geschäftsführende Vorstand: v. l. n. r. Ulrich Rätzel, Wolfgang Britt, Alexander Poitz, Frank Schneider, Andreas Schuster, Jörg Göhring, Thomas Kühne, Timo Ritter, Dr. Andreas Bernig

Wichtig ist eigentlich die Frage, was machen wir in unserer GdP? Einige Kolleginnen und Kollegen werden sich beim Lesen des Geschäftsberichtes wiederfinden. Anderen Kolleginnen und Kollegen müsste es die Schamesröte ins Gesicht treiben, wenn sie feststellen, dass sie sich an keiner unserer Aktionen beteiligt haben. Häufig sind es genau diese Kolleginnen und Kollegen, die am lautesten meckern und immer wieder ihre Mitgliedschaft hinterfragen. GdP Brandenburg, das ist eine Solidargemeinschaft

von 7100 Mitgliedern. Wir sollten unsere Arbeit, unseren Einsatz und unsere Ergebnisse offensiv vertreten und nicht kaputt reden.

Tarif- und Besoldungsrecht

Diskutiert wurden Rolle und Funktion von Tarifverträgen und die Beteiligung der Brandenburger GdP. Wir standen bei allen Tarifverhandlungen und den dazu notwendigen Kampfmaßnahmen, wie z. B. Demos und Mahnwachen, in der ersten Reihe. Wir haben in Tarifverträgen für unsere Tarifbeschäftigten einiges erreicht. Wichtig ist, wir haben um diese Tarifverträge gekämpft und wir haben verhandelt. Die Ergebnisse eines Tarifvertrages sind zwingend durch die Landesregierung umzusetzen. Kritisch haben wir dabei auch beleuchtet,

Fortsetzung auf Seite 2



Antragsberatung

wusst unsere Erfolge aufgezeigt, aber auch auf Niederlagen hingewiesen und offene Baustellen angesprochen.

Fortsetzung von Seite 1

welche Tariffähigkeit die Beschäftigten in der Polizei haben. Wie wirkt es, wenn ggf. unsere Bußgeldstelle streikt? Darüber würden sich eher weitere Teile der Bevölkerung freuen, Wie wirkt es, wenn unsere Mitarbeiter beim ZD Pol streiken? Dies wird sich eher negativ auf unsere eigene polizeiliche Tätigkeit auswirken. Umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit mit GEW und Verdi auch auf Landesebene zu intensivieren. Das ist uns in den letzten Jahren zunehmend besser gelungen.

Und dann die Frage, wie steht es um das Verhandlungsrecht der Beamten? Die Landesregierung weist uns immer wieder mehr oder weniger direkt darauf hin, dass man für Beamte nicht verhandelt, sondern dass der Gesetzgeber festlegt. Wir werden zu Gesprächen eingeladen, wir können auch Druck auf der Straße erzeugen, aber letztendlich sind unsere Möglichkeiten begrenzt. Das aktuelle Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Streikrecht der Beamten unterstreicht

dieses. Der Jubel auf der Arbeitgeberseite, dass das Bundesverwaltungsgericht das Streikrecht für Beamte verneint, ist nach meiner Auffassung verfrüht. Wer das Urteil genau liest, findet auch die Auffor-

bedeutet also für uns nicht das Ende aller Aktivitäten, sondern ist uns weiterer Ansporn, Druck auf die Regierung auszuüben. Insbesondere zum Thema Einkommensabkopplung der Beamten in Brandenburg sind wir in der Pflicht.

Die Delegierten zogen eine positive Bilanz zur Arbeit unseres Bildungswerkes, zur Einsatzbetreuung bei polizeilichen Großeinsätzen, zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz (einschl. Disziplinarangelegenheiten), zur Arbeit unserer Geschäftsstelle (mit allen überdeutlichen Problemen der personellen Minderausstattung), zur Mitgliedergewinnung, Mitgliederbetreuung und Mitgliedermotivation, zu einem neuen Gewerkschaftsbild, zu Personalratswahlen, zum Gesundheitsmanagement, zum Tarifvertrag Verwaltungsumbau und vielen anderem mehr. Gewerkschaftsarbeit ist kein Job, Gewerkschaftsarbeit muss gelebt werden.

Die Brandenburger GdP ist für die nächsten Jahre gut aufgestellt. Aber wir können und wir müssen besser werden; vor allen Dingen in unserer Arbeit vor Ort. Wir müssen besser kommunizieren, das Machbare machen und die Meinungsführerschaft in der Brandenburger Polizei beibehalten. Wir müssen mit Argumenten überzeugen und Druck auf die Politik ausüben. Veränderungen in der Brandenburger Polizei kann und wird es nur mit dieser GdP geben. Dies sagen wir mit allem Selbstbewusstsein.



Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

derung an die Bundesregierung, europäisches Recht endlich in deutsches Recht umzusetzen. Weiterhin sagt das Urteil aus, dass die Einkommensentwicklung der Beamten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst abzukoppeln ist. Das Urteil



und Innenminister Ralf Holzschuher auf dem Landesdelegiertentag. Bilder: M. Seidenschwanz

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMJ@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



KOMMENTAR

Wahlen

Das Ergebnis der Wahlen des neuen Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes ist ebenfalls im Internet nachlesbar. Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen gewählten Kolleginnen und Kollegen meinen herzlichsten Glückwunsch aussprechen. Da kommen natürlich die üblichen Verdächtigen und sagen, dass sieben von neun der gewählten Kolleginnen und Kollegen nicht neu sind. Richtig! Aber jeder hatte die Möglichkeit, sich selbst der Wahl zu stellen und zu sagen, wie er sich und mit welchen Themen er sich zukünftig einbringen will. Es geht also nicht darum, wie viel Jahre jemand im Amt ist, sondern entscheidend ist, ob er/sie genügend Power, genügend Ideen und Vorstellungen hat, aktiv diese Brandenburger GdP zu führen.

Offizieller Tag

Politprominenz ohne Ende war angesagt. Ministerpräsident, Innen-

minister, Parteivorsitzende und Innenpolitischer Sprecher – die Wertschätzung für die Brandenburger Gewerkschaft der Polizei war groß. Natürlich spielte in den Reden der Politiker auch der Landtagswahlkampf eine nicht unbedeutende Rolle. Aber genau aus ihren Versprechungen, aus ihren Zusagen, aus ihren Angeboten müssen wir als GdP die Möglichkeit nutzen, Veränderungen herbeizuführen. Das betrifft das Thema Personalabbau, Evaluierung der Polizeistrukturreform, Lebensarbeitszeit, Beförderungen und Beurteilungssysteme, die Auswirkung der Föderalismusreform, Verhandlung zum TV-Umbau, Gesundheitsmanagement und Erhöhung der Attraktivität des Polizeiberufes. Wir als GdP haben unsere Vorstellungen klar und deutlich auf den Tisch gelegt. Sie müssen nicht immer richtig sein, aber wir sind bereit, über unsere Vorstellungen zu sprechen und vor allem zu verhandeln. Wir wollen den offensiven Meinungsstreit. Zukunft, Sicherheit und Attraktivität

darf nicht nur ein Thema im Wahlkampf sein, sondern muss ständiges Thema im Interesse der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger und im Interesse von 7100 GdP-Mitgliedern sein.

Ich habe zum Abschluss meiner Rede den Wunsch geäußert, dass mir unsere Kolleginnen und Kollegen nicht mehr sagen, wie viele Tage sie noch bis zur Rente/Pension haben, sondern dass sie sagen, es macht Spaß, Polizist in Brandenburg zu sein. Das ist ein klarer Auftrag an die anwesende Politik und auch wesentlicher Anspruch an unsere künftige Arbeit als Gewerkschaft der Polizei.

Andreas Schuster



DAS SOZIALWERK INFORMIERT

warme Sonnenstrahlen - blauer Himmel - frische Meeresbrise



Frühlingsrabatt: Mobilheime in Prora auf Rügen
10% Rabatt für April und Mai

Warum nicht das Jahr mit einem **schönen Strandspaziergang am Meer** und einer **milden Frühlingsbrise** beginnen? **Fahrradtouren** in die Natur unternehmen, begleitet von fröhlichem Vogelgezwitscher.

Die **Osterfeiertage** oder **Christi Himmelfahrt** besinnlich in der **Natur** mit **Familie** und **Freunden** genießen.

Beginnen Sie das Jahr mit **ausgeglichenen** und **entspannten Stunden am Meer**. Genießen Sie den **Hauch des Frühlings**.

Das Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e.V. **eröffnet die Saison 2014 in Prora**. Seien Sie herzlich willkommen!

Impressum:

Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e.V.

Ministerium des Innern
Henning-von-Tresckow-Str. 9-13
14467 Potsdam

Tel: 0331 866 6809
Fax: 0331 600 1610

E-Mail: heike.scholze@sozialwerk.brandenburg.de

www.sozialwerk.brandenburg.de



Wenn der Beruf krank macht (!?)

Mir scheint es, als wäre es gestern erst gewesen. Alle Jahre wieder wird im November der verstorbenen Einsatzkräfte des Landes Brandenburg gedacht. So haben wir im Jahr 2013 in der Landespolizei 15 Kollegen und Kolleginnen vorzeitig verloren. Hierbei habe ich immer wieder die Würdigung unseres Polizeiseelsorgers vor Augen: „Es waren Junge und Alte, es waren Familienväter, Großeltern und noch Alleinstehende, es waren mitten im Leben stehende und Lebensmüde, es waren, und das beklagen wir hier, Menschen, die ihrer Berufung, dem Leben zu dienen, gefolgt sind und die uns jetzt bitterlich fehlen.“

Heute (Stand 20. 2. 2014), nach nicht einmal einem Vierteljahr, beklagen wir die aus meiner Sicht sehr erschreckende Zahl von zwölf verstorbenen Kollegen und Kolleginnen allein der Landespolizei Brandenburg! Nun stellt sich hoffentlich nicht nur mir die Frage: Wo sind hier die Ursachen zu suchen und vor allem, was können wir dagegen tun?

Ich habe seit dem Jahr 2006 als Schwerbehindertenvertreter der LESE in einer Vielzahl von Gremien und Medien über das Problem Burn-out referiert und hier auf eine Negativentwicklung im Bereich des öffentlichen Dienstes und vor allem im Bereich der Polizei verwiesen, auch in diesem Medium. Hier sei auch noch einmal an unseren kürzlich verstorbenen Oberpsychologierat Rudi Brandt erinnert, der Burn-out-Präventionsseminare leitete und der unserer ganzen Behörde Burn-out diagnostizierte! In meinem gesamten Dienst habe ich versucht, Vorgesetzte und Kollegen zu sensibilisieren und auf Indikatoren verwiesen, die sowohl auf körperliche und/oder psychische Symptome hinweisen. Denn nach § 45 Beamtenstatusgesetz (Fürsorge und Schutz) ergeben sich Fürsorgepflichten, die im Auftrag und auf Veranlassung der Führung unter anderem durch das Einsatznachsorteament im Rahmen der Einsatznachbereitung bzw. des Einsatzabschlusses wahrgenommen werden können. Wenn Führung die Belastungen denn erkennt!

Dienstweisung muss auch gelebt werden

Mit Bezug auf eine Vielzahl von dienstlichen Ursachen wurde, auch Dank Mitwirkung vieler engagierter Mitarbeiter, mit der Dienstweisung „Fürsorge von Vorgesetzten nach extrem belastenden Einsatzsituationen zur Vermeidung posttraumatischer Belastungsreaktionen“ ein Grundstein, ja ein Führungsmittel für Dienstvorgesetzte und Mitarbeiter geschaffen.

Hier zeigen sich die ernsthaften Nachteile eines Führungssystems „Führen aus der Distanz“. Unter Führungswahrnehmung verstehe ich immer noch die direkte persönliche Beziehung! Denn wie sonst sollten psychische oder körperliche Veränderungen wahrgenommen werden. Und hier meine ich auch schon die leichte Influenza, die, unbeachtet, dann doch ganze Dienstschichten aus dem Rennen wirft.

Ja, es gibt noch Kollegen und Kolleginnen, die davon überzeugt sind, dass es ohne sie nicht geht. Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade hier der GUTE WILLE des Mitarbeiters und auch des Vorgesetzten nach Einhaltung der MINDESTSTÄRKEN, Reduzierung der KRANKHEITSTAGE, Senkung der INTERVENTIONSZEITEN eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Der hier betriebene Raubbau an der eigenen Gesundheit und Konstitution ist aber so gravierend, dass Mitarbeiter aus der Berufsgattung „Helferberufe“ bei Infrage stehender Arbeitsunfähigkeit mindestens zehn bis 14 Tage (inkl. Wochenenden) krankgeschrieben werden. Diese Gesundheitsfürsorge des Arztes entspricht ja in der Regel unserem allgemeinen Ziel. Hat aber dem entgegen die Folge, dass die Krankheitstage sehr hoch sind.

Was ist zu tun?

Meine Überlegungen zu Besserungsmaßnahmen, „Medizin“, um die Belastungssituation zu verbessern:

Ein Dienstklima innerhalb der Dienstgruppen schaffen, die die Kollegen dazu ermutigt, auch über das

belastende Erlebte zu reden/Modifizierung des Einsatzabschlusses. Hierzu zählt weiterhin die Forderung und Förderung einer guten Gesprächskultur mit der Selbstverständlichkeit gut organisierter Einsatznachbereitungen.

Schaffung einer positiven und nach außen hin auch als solche erkennbaren Fehlerkultur & Fehleranalyse. Das Ziel hier muss es sein, die Fehler als Lern-Chance für die Organisation wahrzunehmen und nicht den Eindruck zu erwecken, hier einen Schuldigen zu suchen, zu finden und vorzuführen.

Konstruktive und sozialverträgliche Gestaltung der „Rest-Lebensarbeitszeit“ oder auch des Vorruhestandes inklusive Sorge um soziale Sicherheit/Existenzängste.

Im Sinne von BBG § 61: Das Einüben einer guten Selbstfürsorge zum Beispiel am Konzept SMA. Macht Sport, tut Euch was Gutes, nehmt eine Auszeit: eine Kurzreise, Erlebnis via Jochen Schweizer, nicht reduzieren, sondern weiter publizieren und ausbauen.

Jedem Mitarbeiter wünsche ich die Möglichkeit zur Schaffung und Pflege von Ruhepolen, seelischen Tankstellen.

Wir haben in der Polizei des Landes Brandenburg eine Vielzahl von Konzepten, die uns das Arbeiten erleichtern und bei der Absolvierung von Krisen unterstützen sollten. Von diesen, hier beispielhaft benannten Möglichkeiten eines Debriefing, einer Supervision oder vielleicht auch eines reinen Einzel- oder Gruppenberatungsgesprächs im Rahmen der Nachbereitung von schweren Einsätzen oder einer Moderationen und/oder Anwendung der Harvard Methode im Bereich von Konfliktbewältigungen innerhalb der Führungsebenen wird vielleicht, auch aufgrund von Unkenntnis über diese Angebote, viel zu wenig Gebrauch gemacht.

Frank Radam



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei



Eine erhellende Dunkelfeldstudie

„Es gibt kein Verbrechen, das ich mir unter bestimmten Voraussetzungen nicht selbst zutrauen würde.“ (Goethe) In diesem Sinn äußerten sich 38% aller Deutschen bei einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen des ZDF (vgl. ZDF-Dokumentation „Ein (fast) perfektes Verbrechen“ vom 21. 2. 2012).

Das Land Niedersachsen hatte sich im vergangenen Jahr entschlossen, eine breit angelegte „Dunkelfeldstudie“ durchzuführen. Das bekannte „Hellfeld“ der in Abständen vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) widerspiegelt nach deren Meinung nicht die tatsächliche Kriminalitätsslage. Deshalb wurde erstmalig in Deutschland eine Befragung von ca. 40 000 Personen vorgenommen. Der Rücklauf der Befragungsbögen betrug knapp die Hälfte. Mit anderen Worten: Das dortige Landeskriminalamt hat eine lebensnahe Kundenbefragung durchgeführt.

Welche Ergebnisse lassen in Bezug zur tatsächlichen Kriminalitätsslage aufhorchen?

Es war festzustellen, dass ca. 30% der dortigen Einwohner 2012 Opfer mindestens einer Straftat geworden sind; einige Personen davon gleich mehrfach. 70% aller Opfer erstatteten keine Strafanzeige! Damit wurden tausende Straftaten der Polizei weder bekannt noch verfolgt. Die Delikte blieben unaufgeklärt, die Täter unerkannt.

Vermutlich wird in Brandenburg die Situation keine bessere sein. Jede nicht verfolgte Straftat ermutigt einige Täter, in immer kürzeren Abständen, immer intensivere Straftaten zu begehen. Es fehlen hier zeitnahe strafrechtliche Sanktionen. Wenn durch die Staatsanwaltschaft Verfahren wegen „Geringfügigkeit“ oder angeblich „fehlenden Interesses“ eingestellt werden, hat das eben auch eine Signalwirkung.

Noch einmal zurück zur angeführten Studie in Niedersachsen. Die meisten Befragten gaben dort an, mindestens einmal im Jahr eine Polizeistreife wahrgenommen zu haben; allerdings war diese so gut wie immer motorisiert unterwegs und fast nie als Fuß- oder Fahrradstreife. Nach der Dunkelfeldstudie zu urteilen, besteht bei vielen Bürgern jedoch der Wunsch nach einem persönlichen Kontakt zur

Polizei. Überlastete Funkstreifenwagenbesetzungen, die von Einsatzort zu Einsatzort gehetzt werden, dürften das allerdings verhindern; nicht nur nordwestlich von Brandenburg aus gesehen. Niedersächsische Bürger bevorzugen bei der Anzeigenerstattung eindeutig den direkten Weg zur Polizei und den unmittelbaren Kontakt mit dem die Anzeige aufnehmenden Beamten. Eine Internetwache wurde nur wenig genutzt. Favorisiert werden also auch in Zeiten der Technisierung von Verwaltungs- und Vollzugsabläufen eher menschliche Kontakte und weniger kalte Maschinenabläufe am PC.

Ja, es scheint ganz simpel: Je mehr persönliche Gespräche zwischen den Bürgern und der Polizei stattfinden, desto mehr Straftaten werden aufgedeckt. Ganz bestimmt: Viele Bürger sind bei dubiosen Sachverhalten verunsichert und suchen einen persönlichen Rat; gerade dann, wenn es um mögliche Straftaten geht.

Die Polizei in Niedersachsen wurde in der Studie von den Einwohnern als gut bewertet. Unzufrieden zeigten sich die Umfrageteilnehmer dahingehend, dass sie sich als Opfer über das jeweils bestehende Strafverfahren zu wenig von der Polizei informiert fühlten.

Immer weniger Kriminalpolizei verhindert auch in Brandenburg eine umfassende Ermittlung der Alltagskriminalität.

Das „dürften meine Frau und ich übrigens schon selbst erfahren. Dem zuständigen Sachbearbeiter war deshalb kein Vorwurf zu machen; erst recht nicht, wenn man gesehen hat, was durch die engagierten Kollegen der Kripo für Massen an Verfahren bewegt werden müssen.

Die wahrnehmbare Tendenz – hast du einen guten Anwalt, wird vielleicht die Straftat geahndet, hast du einen schlechten oder gar keinen, hast du eben Pech! Das Verfahren wird eingestellt und der Täter kommt davon.

Dies finde ich mehr als bedauerlich. Diese Vorgehensweise untergräbt in der Folge das Vertrauen des Bürgers in den Rechtsstaat. Von den wirtschaftlichen Schäden durch Kriminalität einmal abgesehen, gibt es noch die traumatischen Belastungsstörungen, die Opfer durch schwere

Straftaten wie Wohnungseinbrüche, Raubüberfälle oder gefährliche Körperverletzungen erleiden.

Unbearbeitet können diese ein Leben lang anhalten und die Lebensqualität der Betroffenen erheblich beeinträchtigen sowie die Kosten für die Gesellschaft in die Höhe treiben.

Es gibt Deliktfelder, da spiegelt die PKS nicht einmal ansatzweise die tatsächliche Kriminalität wieder. Beispielsweise wurden nach der benannten Studie bei Sexualdelikten nur etwa 4% der Polizei bekannt, bei der Internet-/Computerkriminalität waren es lediglich 10,6%. Das heißt, von 1000 Nutzern wurden 106 User Opfer von kriminellen Attacken. Währenddessen Wohnungseinbrüche und Kfz-Delikte am ehesten der Polizei angezeigt wurden, stellte die Studie bei Körperverletzungen, „allgemeinen“ Diebstählen und Sachbeschädigungen horrende Unterschiede zwischen realer Kriminalität und dem Anzeigeverhalten der Bürger fest. Die Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht von Opfern (auch der nicht angezeigten) sind enorm. Die LKA-Befragung beschrieb ein typisch verstärktes individuelles Schutz- und Meidungsverhalten.

Auch in Brandenburg ist natürlich erst einmal jeder Bürger für sich selbst verantwortlich, wenn es darum geht, das Opfersein von Straftaten zu verhüten; zum Beispiel, indem er seine Firma, Wohnung oder sein sonstiges Eigentum entsprechend zusätzlich sichert. Es ist aber auch Aufgabe des Rechtsstaates zu verhindern, dass Geschädigte aus Furcht vor weiterer Kriminalität nur noch eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Es sollte immer weniger passieren, dass Bürger Opfer von Aggressoren oder kalten Praktikern werden, die vorher noch nie polizeilich erfasst wurden, jedoch schon mehrfach Delikte begangen haben und ohne Verhaltensahnung in der Anonymität verschwinden können.

Um ein weiteres Aufgehen der Diskrepanz zwischen „Dunkel- und Hellfeld“ zu verhindern, ist es notwendig, ein separates Studium in der Fachrichtung „Kriminalpolizei/Kriminalistik“ an den Fachhochschulen der Polizei einzuführen. Das jeder Polizist

Fortsetzung auf Seite 6



KRIMINALITÄTSLAGE

Fortsetzung von Seite 5

alles können muss bzw. soll und faktisch beliebig zwischen WWD und Kripo hin- und hergeschoben werden kann, darf in Zeiten notwendiger polizeilicher Spezialisierungen und immer komplizierterer Sachverhalte, beispielsweise einer massenhaft auftretenden Cyberkriminalität, keine dauerhafte Lösung sein.

Hinzufügen möchte ich, dass einige Dunkelfelder auch durch Befragungen nicht erfasst werden können; beispielsweise verborgen gebliebene Tötungsdelikte. So schätzt der renommierte Gerichtsmediziner vom Institut für Rechtsmedizin an der Universität München, Wolfgang Eisenberger, ein, dass deutschlandweit pro Jahr mindestens 1200 Tötungsdelikte unentdeckt bleiben. Als eine Ursache sieht er an, dass vermutlich aus Kostengründen 2012 in nur noch ca. 1% aller Fälle gerichtlich angeordnete Sektionen vorgenommen wurden. Der Kos-

tenanteil pro Sektion beträgt gerade einmal etwa 195 Euro. So beabsichtigt man beispielsweise das Institut für Rechtsmedizin in Potsdam aus übertriebenem Spareifer aufzulösen. Sektionen sollen dann zukünftig durch Pathologen in Krankenhäusern durchgeführt werden. „Der Vorschlag ist völlig daneben, für die Strafverfolgung wäre das fatal. Pathologen in Kliniken seien auf das Erkennen von Krankheiten, nicht aber auf das Entdecken von Verbrechensspuren spezialisiert“, warnt Brandenburgs oberster Strafverfolger Eduardo Rautenberg. „Wir haben schon jetzt eine sehr hohe Zahl nicht entdeckter unnatürlicher Todesfälle. Die Dunkelziffer würde steigen, Morde würden nicht entdeckt.“ (MAZ vom 11. 5. 2013)

Pathologen sind auf das Erkennen von Erkrankungen spezialisiert, jedoch nicht auf das Erkennen von Verbrechenstatbeständen. „Das wäre in etwa so, als wenn zukünftig Tierärzten auch die medizinische Behand-

lung von Menschen aus Kostengründen gleich mitübertragen würde“. Der Leiter der Rechtsmedizin in Potsdam, Jörg Semmler, geht davon aus, dass in Deutschland etwa jeder zweite unnatürliche Todesfall unentdeckt bleibt und merkt weiterhin kritisch an, dass in keinem anderen hochindustrialisierten Land wie Deutschland so wenig obduziert wird.

Mein Fazit für unser Land Brandenburg: Ich rege hiermit eine „Dunkelfeldstudie“ an, um die wahren Ausmaße der Kriminalität zu erfassen. Ein weiterer Personalabbau bei der Polizei und eine Studienausbildung ohne Spezialisierung vergrößern nicht nur die Schere zwischen Hell- und Dunkelfeld, sondern haben auch Auswirkungen auf das bisher gute Verhältnis zwischen Bürger und Polizei. Außerdem kann sie den gesellschaftlichen Frieden gefährden und wird sicher nicht ohne Folgen für die Landtagswahlen bleiben.

Steffen Meltzer/Potsdam

EINSATZ

Zusammenarbeit der 3. Einsatzhundertschaft Cottbus mit der BAO „Grenze“

Nicht neu, sondern schon im Jahr 2010 war die Bekämpfung der Eigentumskriminalität in Forst und Guben ein Einsatzschwerpunkt der 3. Einsatzhundertschaft.

Seit dem 9. Januar 2012 unterstützen zusätzlich drei Einsatzhundertschaften der Fachdirektion Besondere Dienste des Polizeipräsidiums die Direktionen bei den operativen Maßnahmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (GüK) im Land Brandenburg.

Für die 3. Einsatzhundertschaft begann die Zusammenarbeit mit der BAO „Grenze“ bereits im Jahr 2011. Die Bildung des EA Süd innerhalb der BAO führte zu kürzeren Anfahrtswegen, einer effektiveren Auslastung der Einsatzzeiten und einem besseren territorialen Bezug für alle operativen Kräfte. Welch hohe kriminelle Energie im Bereich der Kfz-Kriminalität herrscht, wurde uns schnell bewusst. Mehrfach wurden Kontrollstellen durchbrochen und die Gesundheit der Polizeibeamten gefährdet. Beispielsweise sei hier ein Sachverhalt in

einer Kontrollstelle auf der BAB 15, Parkplatz Bademeusel, genannt. Bei dem Durchbruch eines gestohlenen Audi A4 wurde ein Kollege so schwer verletzt, dass er infolge dessen in den Ruhestand versetzt werden musste. Zudem ist eine weitere Kollegin bis heute vollzugsdienstunfähig.

Durch die im Einsatz gemachten Erfahrungen sowie interne Nachbereitungen, konnten Handlungsabläufe in Kontrollstellen optimiert und die Eigensicherung bei Personen- und Fahrzeugkontrollen erhöht werden. Anfänglich erfolgten diese Kontrollen nur auf der BAB 15 und nahe den Grenzübergängen zu Polen. Aufgrund neu gewonnener Erkenntnisse zu Verbringungsweegen wurden die Kontrollmaßnahmen weiter ins Landesinnere ausgeweitet und dadurch der Erfolg auf Täterstellung auch nach einem Durchbruch vor dem Passieren der Staatsgrenze erhöht. Inzwischen hat sich auch die Zusammenarbeit zwischen den operativen Kräften der BAO „Grenze“ und den Einsatzkräften der 3. Einsatzhundert-

schaft gut entwickelt. War die Einsatzplanung am Beginn der Zusammenarbeit langfristig festgeschrieben, so wird heute lageangepasst und flexibel auf neue Erkenntnisse und Entwicklungen reagiert. Durchführungspläne werden jetzt tagaktuell in Abstimmung zwischen Zugführer und PF BAO erstellt. Damit wird den Erfordernissen und den personellen Möglichkeiten besser Rechnung getragen. Als zweckmäßig hat sich die Entsendung eines Mitarbeiters der Hundertschaft in die BAO erwiesen. Dies half, vorhandene Differenzen abzubauen und das gegenseitige Verständnis für die gemeinsame Aufgabenerfüllung zu entwickeln.

Die Bearbeitung von Feststellungen im Zusammenhang mit entwendeten Kfz erfolgt durch die BAO „Grenze“ in enger Zusammenarbeit mit Kräften der 3. Einsatzhundertschaft. Leider sind unsere Einsatzkräfte und die Kollegen der BAO „Grenze“ oftmals auf sich alleingestellt. Kräfte der PD Süd sind im Regelfall in der AAO gebunden. Auch



EINSATZ

Fährtenhunde stehen beispielsweise selten zur Verfügung. Für unsere Einsatzdurchführung hat sich die Bereitstellung von zusätzlichen FustKw seitens BAO bewährt, wobei eine zahlenmäßige Aufstockung dieser angebracht wäre. Als wirksames FEM hat sich der STOP-Stick mit all seinen Verwendungsmöglichkeiten erwiesen. Die Ausstattung der operativen Kräfte der BAO „Grenze“ mit Digitalfunkgeräten verbesserte die Einsatzkommunikation in bisher funkschwachen Bereichen erheblich. Problematisch stellt sich weiterhin die Dopplung des Funkbetriebes auf das Analogfunknetz dar. Durch den

fehlenden Direktkontakt zum ELZ sind die Voraussetzungen für eine Nacheile nach Polen oft nicht gegeben. Der fehlende Zugriff auf den FADA-Datenbestand erschwert den operativen Kräften vor Ort die Verdachtserhärtung und bedarf einer Erweiterung des zugriffsberechtigten Personenkreises. Reserven bestehen im überörtlichen Kräfte-Management. Der zeitgleiche Einsatz von Kräften zur Bekämpfung der GüK (PD Süd) und Einsätzen der BAO „Grenze“ im gleichen Einsatzraum mit ähnlichem Einsatzauftrag tritt noch zu häufig auf. Hier sollte eine engere Abstimmung erfolgen.

Da die Kfz-Kriminalität nicht vor Ländergrenzen halt macht, muss die Zusammenarbeit mit der Polizei des Freistaates Sachsen, der mit ähnlichem Einsatzauftrag im grenznahen Raum agierenden Bundespolizei und der polnischen Polizei ausgebaut werden. Um auch in Zukunft bei der Zurückdrängung der grenzüberschreitenden Kriminalität erfolgreich zu sein, müssen wir uns gemeinsam, jeder in seiner Funktion, täglich aufs Neue den Herausforderungen stellen. Die 3. Einsatzhundertschaft steht weiterhin als verlässlicher Partner zur Verfügung.

Die 3. Einsatzhundertschaft

SPORT

Meisterschaften im Schach

Mühlhausen: In der Thomas Müntzer Stadt Mühlhausen in Thüringen fand zu 17. Mal die Deutsche Meisterschaft für aktive und ehemalige Polizeibesetzte statt. Der Seriensieger Ralf Kotter aus Dortmund hat seinen Titel erfolgreich verteidigt.

Von den 62 Teilnehmern kamen vier Teilnehmer (Michael Tornow, Wolfram Christen, Dieter Klebe als aktiv beschäftigte Kollegen sowie der bereits im Ruhestand befindlich Manfred Gens) aus der Polizei des Bundeslandes Brandenburg.

Wie in jedem Jahr fanden neben dem Turnierschach ein Schnellschachturnier mit 36 Teilnehmern sowie ein Blitzturnier statt.

Das Schnellschachturnier gewann Uwe Rauch von der SVG Offenburg vor dem Kripobeamten Ralf Kotter.

Im Blitzschachturnier gewann der Dortmunder Ralf Kotter.

Die eigentliche Meisterschaft entwickelte sich wieder einmal zu einem Krimi.

Der Turnierverlauf wurde mal wieder von einer Dramatik geprägt, die kein Regisseur hätte besser inszenieren können.

Nach sechs Runden führte Sebastian Mürer aus Niedersachsen mit 5,5 Punkten vor den beiden Fidemeistern Ralf Kotter und Rupert Prediger mit jeweils fünf Punkten.

Die letzte Runde musste die Entscheidung über den Turniersieg bringen. Im direkten Duell trafen Ralf Kotter und Sebastian Mürer aufeinander. Rupert Prediger spielte gegen Alexander Schmidt. Prediger und Schmidt trennten sich Remise. Somit hätte dem Niedersachsen Sebastian Mürer ein Remise gereicht, um den Seriensieger Ralf Kotter vom Thron zu stürzen. Es entwickelte sich eine von Anfang an spannende Partie, in der der Niedersachse Vorteile hatte. Durch einen Fehlgriff im letzten Zug ermöglichte er dem Dortmunder die Partie zu gewinnen.

Der Dortmunder Kripobeamte Ralf Kotter gewann zum wiederholten Mal die Meisterschaft vor Sebastian Mürer und Rupert Prediger.

Die Brandenburger Kollegen belegten folgende Plätze:

Michael Tornow	Platz 35
Wolfram Christen	Platz 42
Manfred Gensch	Platz 48
Dieter Klebe	Platz 49

NACHRUFE

Ein lieber Kollege hat uns verlassen

Viel zu früh und unfassbar für uns verstarb am 20. 2. 2014 unser lieber Kollege und Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, **Polizeihauptmeister Hubert Elle**, im Alter von nur 57 Jahren.

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt seinen Hinterbliebenen.

Die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Süd, wird dein Andenken, lieber Hubert, in Ehren halten.

Holger Schiffner, Cottbus, im Februar 2014

Die Kreisgruppe ZDPol und die Dienststelle ZDPol trauern um ihr langjähriges Mitglied und Kollegen, **Herrn Oberpsychologierat Rudi Brandt**. Nahezu fassungslos haben wir die Nachricht vom Tod unseres geschätzten Kollegen Rudi Brandt aufgenommen, der am 9. 2. 2014 im Alter von 57 Jahren verstorben ist. Kollege Brandt war seit dem Jahr 2002 als Psychologe beim Zentraldienst der Polizei im Bereich des Polizeiärztlichen Dienstes tätig. Seit dem Jahr 2013 leitete er den Teilbereich der Psychologischen Betreuung. Alle Kolleginnen und Kollegen des ZDPol werden Kollegen Brandt in würdiger Erinnerung behalten. Seinen Angehörigen, ganz besonders seinen drei Kindern, gilt unser tief empfundenes Mitgefühl.

Im Namen der Kreisgruppe, Peter Kirchhoff, Vorsitzender



Bildungsangebote 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das GdP-Bildungswerk bietet euch auch in diesem Jahr ein umfangreiches Bildungsangebot an. So stehen 15 Seminare zur Auswahl, die natür-

lich für unsere GdP-Mitglieder kostenfrei sind.

Für interessierte Nichtmitglieder sind die Seminare kostenpflichtig. Voraussetzung sind freie Kapazitäten.

Nähere Infos gibt es über die GdP-Geschäftsstelle. Also auf geht's – meldet euch an – denn wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Euer Bildungswerk

 		
Seminarangebote 2014		
Elternzeit	19. März	Potsdam
Grundlagen Disziplinarrecht	5.-7. Mai	Prieros
JAV-Seminar	5.-7. Mai	Lindow
Vertrauensleute-Seminar KG Nord	5.-7. Mai	Prieros
Vertrauensleute-Seminar KG Ost	13.-15. Mai	Prieros
Vertrauensleute-Seminar KG Süd	2.-4. Juni	Prieros
Vertrauensleute-Seminar KG West	3.-5. November	Prieros
Personalratsseminar Grundlagen	16.-19. Juni	Prieros
Aktiv im Ruhestand	26.-28. August	Prieros
GdP-Grundlagen	1.-3. September	Prieros
Stress- und Konfliktbewältigung/ Kommunikation	8.-10. September	Prieros
Erfolgreich kommunizieren	9.-11. September	Prieros
Disziplinarrecht II	10.-11. September	Prieros
Jugend	n.n.	Prieros
Vorbereitung auf den Ruhestand	6.-7. November	Prieros
Hiermit melde ich mich verbindlich für folgendes Seminar an:		
Seminar:		
Name, Vorname:		
Straße:		
PLZ, Ort:		
E-Mail:		
Telefon:		
GdP-MG-Nr.:		
Kreisgruppe:		
Datum:		
Unterschrift:		
Rudolf-Breitscheid-Straße 64, 14482 Potsdam, Fax: 0331-7473299, gdp-brandenburg@gdp.de		

